

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerstraße Nr. 6) und Dresden (bei G. Hödner, Neuhof, an der Brücke, Nr. 7).

Inserionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 6 Uhr, Vormittags 9 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1/4 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

## Die Zollvereinsconferenzen in Berlin.

Berlin, 28. Mai. Zu meinem jüngsten Berichte über die am 24. und 25. Mai stattgehabten Sitzungen der Zollconferenz (Nr. 244) habe ich noch Details nachzutragen, die von Bedeutung sind. Ich habe die Mittheilung derselben einer kleinen Verhinderung wegen bis heute verschieben müssen. Daß in der Sitzung vom 25. Mai die Anträge Baierns wiederholt, und zwar mit allen dazu gehörenden Actenstücken, Formalitäten u. dem Vorliegenden der Konferenz übergeben wurden, habe ich gemeldet. Obgleich ich nun von einer Wiederholung der bairischen Anträge spreche, so ist zwischen den jetzt und den früher gestellten Anträgen doch ein wesentlicher Unterschied zu machen. Ich erlaube mir, in dieser Beziehung an Das zu erinnern, was ich bereits früher über die Art von provisorischem Charakter der bairischen Anträge gesagt habe. Auch sind die früheren Anträge nur von dem bairischen Bevollmächtigten, Hrn. Weirner, gestellt und von Seiten der Bevollmächtigten der in Darmstadt verbundenen Staaten nur mündlich unterstützt worden. Jetzt aber ist das Verhältniß ein wesentlich anderes. Einmal sind die jetzt gestellten Anträge nicht, wie früher, nur von dem bairischen Bevollmächtigten, sondern von sämmtlichen in Darmstadt verbundenen Staaten gemeinschaftlich gestellt worden; auch ist das betreffende Actenstück, welches dem Vorliegenden der Konferenz übergeben wurde, von sämmtlichen zur Konferenz hier anwesenden Bevollmächtigten jener Staaten unterzeichnet. Baden ist in dieser Beziehung noch besonders zu erwähnen. Baden hat bekanntlich an den Darmstädter Verhandlungen zwar theilgenommen, die betreffenden Protokolle jedoch nicht unterzeichnet; auch hatte es eine von den Ansichten der andern Staaten etwas abweichende Erklärung abgegeben. Baden ist übrigens von dem Gebiete der eventuell beabsichtigten dritten Zollgruppe eingeschlossen, und es wäre daher wol kein Zweifel gewesen, daß Baden schon seiner geographischen Lage wegen der dritten Zollgruppe, wenn sie gebildet würde, beitreten müßte. Das aber setzte den Beitritt Badens zu dem Darmstädter Staatenvereine für jetzt noch nicht voraus. Um so interessanter ist es nun, daß Baden schon jetzt auch in formeller Beziehung dem Darmstädter Staatenvereine beigetreten ist, indem die am 25. Mai eingereichten Anträge nicht nur von den Bevollmächtigten für Baiern, Sachsen, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau, sondern auch von dem Bevollmächtigten für Baden unterzeichnet sind. Die Unterzeichnung ist nicht von dem besondern Bevollmächtigten Badens für die Zollconferenzen, Hrn. Hack, welcher in Familienangelegenheiten schon seit einiger Zeit auf unbestimmten Urlaub nach Baden zurückgekehrt ist, sondern von dem badischen Ministerresidenten am hiesigen Hofe, Baron v. Meysenbug, erfolgt.

Endlich haben die am 25. Mai von den in Darmstadt verbundenen Staaten und Baden gemeinsam eingereichten Anträge auch dadurch noch eine ganz besondere Bedeutung, daß sie nicht allein als eine Rückäußerung der betreffenden Staaten auf die bereits früher erfolgte Erklärung Preussens zu betrachten sind, sondern von den betreffenden Bevollmächtigten in diesem Sinne auch geradezu bezeichnet werden, und zwar nicht privatim, sondern in officieller Weise. Die betreffenden Bevollmächtigten haben in der Sitzung vom 25. Mai erklärt, daß sie sich mit der erfolgten Erklärung von Seiten der preussischen Regierung nicht zufrieden geben könnten, vielmehr sich gezwungen sähen, auf den früheren Anträgen des bairischen Bevollmächtigten, welche sie jetzt gemeinschaftlich wiederholen und zu den ihrigen machen, zu bestehen. Diese Erklärung ist in Folge eingegangener Instruction von Seiten der betreffenden Regierungen abgegeben worden. Nach Diesem ist die Sachlage, wie sie gegenwärtig ist, klar; die Principienfragen sind auf die Spitze getrieben. Man ist natürlich auf den Ausfall der preussischen Antwort, welche unmöglich lange hinausgeschoben werden kann, aufs höchste gespannt. Vielleicht wird in der auf morgen anberaumten Sitzung etwas Bestimmtes darüber verlauten. Warten wir das Nähere und Bestimmte daher ab, und zwar um so mehr, als es mein Grundsatz ist, nur über Factisches zu berichten, und Conjecturen und Vermuthungen in politischen Correspondenzen aus Princip zu vermeiden. Ich habe diese Wendung nicht ohne Absicht genommen, denn ich wollte an dieser Stelle einen Fingerzeig auf das heillose Unwesen knüpfen, welches von hiesigen Correspondenten in der Zollvereinsfrage fast in der ganzen deutschen Presse angerichtet wird. Die Congressverhandlungen werden, als schwebende Verhandlungen, geheim gehalten, und es dürfte überhaupt nur Wenigen außerhalb der Konferenz stehenden Personen gestattet sein, einen richtigen Blick in die Details der Sachlage zu thun. Die meisten Correspondenten sind daher auf Vermuthungen oder auf unlaute Inquisitionen beschränkt. Neben einem Körnchen Wahrheit findet man in der Regel sechs Unwahrheiten und ebenso viele Vermuthungen, zusammen das unverdaulichste Gebräu für die gesunden Sinne. Selbst die sonst besten Blätter bleiben nicht davon verschont.

Oldenburg, 28. Mai. In den gestern und heute stattgefundenen vertraulichen Sitzungen des Landtags sind, wie wir eben vernehmen, wieder alles Erwarten die Verhandlungen über die Anschlußfrage an den Septembervertrag im Wesentlichen zu Ende gebracht worden. Sämmtliche nach der ausführlichsten Untersuchung und Erörterung vom Ausschusse gestellten Bedingungen, soweit sie eine noch erst zu erreichende Modification jenes Vertrags bezweckten, sind vom Landtage mit großer Majorität abgelehnt. Einige Bedingungen, an welche der Landtag seine Zustimmung geknüpft hat, betreffen — soweit kennt nämlich dieses angebliche Geheimniß hier schon Jeder — die Art der Verwendung der zu erwartenden Mehrerlöste und die von Hannover jedenfalls noch zuvor zu erwerbende Möglichkeit eines Anschlusses an die hannoverschen Eisenbahnen. (Wef.-Z.)

## Deutschland.

Berlin, 31. Mai. Man theilt uns mit, daß die zwischen der kurhessischen Regierung und dem Bischof zu Fulda abschwebenden Differenzen in Betreff der Verfassung eine ziemlich ernste Gestalt angenommen haben. Der Bischof vertritt mit großem Eifer die Rechte des Episcopats und läßt sich eine baldige Beilegung der Streitigkeiten um so weniger erwarten, als auch noch ältere Differenzpunkte unbeseitigt sind. Die kurhessische Regierung andererseits wird sich um so weniger zu Concessionen bereithalten lassen, als das Auftreten der Bischöfe in mehreren Staaten und die von ihnen vertretenen Präntensionen eine systematische Opposition verrathen, der man, je heftiger sie auftritt, um so weniger geneigt wird, Rechnung zu tragen.

— In seiner an das Handelsministerium gerichteten Eingabe hat der hiesige Magistrat sich nun eventuell für die Errichtung einer Messe in Berlin ausgesprochen, indes hört die Spener'sche Zeitung, daß die Regierung eher auf Gewährung einer solchen, natürlich verbunden mit dem Contrirungsrecht, eingehen wird, als auf Verleihung dieses Rechts allein, d. h. des Rechts der laufenden Conti.

— Die Reglements zur Ausführung des von den Kammern beratenen neuen Postgesetzes sind dem Vernehmen nach zum größten Theile bereits im Handelsministerium entworfen. Die Publication des Postgesetzes soll in kurzem erfolgen und mit diesem gleichzeitig die Veröffentlichung der Ausführungsinstructionen bewirkt werden. Für den buchhändlerischen Verkehr wird hinsichtlich des Zusammenpackens verschiedener Sendungen in einem Pakete dem Vernehmen nach eine Erleichterung bewilligt werden, jedoch unter Festhalten der schon jetzt bestehenden Bedingung, daß solche Sendungen unversegelt aufgegeben werden.

Köln, 27. Mai. Wir theilten schon mit, daß der Abg. Dr. Claessen zu 25 Thln. und Dr. Brüggemann zu 10 Thln. verurtheilt worden seien, weil sie beschuldigt sind die hiesige Regierung und deren Präsidenten beleidigt zu haben. Die Verurtheilten appellirten, aber auch der Oberprocurator, weil jene freigesprochen wurden, den Chefpräsidenten der Provinz beleidigt zu haben. Die Berufungen wurden, mit Ausnahme der des Dr. Brüggemann, sämmtlich verworfen; somit ist Dr. Claessen in eine Geldbuße von 15 Thln. verurtheilt und Dr. Brüggemann freigesprochen worden.

— In Köln wurde am 29. Mai die Deutsche Volkshalle auf der Post mit Beschlag belegt.

— Aus Koblenz vom 29. Mai berichtet die Preussische Zeitung: Daß unsere Regierung entschlossen ist, den den Verkehr beeinträchtigenden eigenmächtigen Eingriffen der nassauischen und rheinheffischen Staaten in die preussische Dampfschiffahrt ein baldiges Ende zu machen, davon haben uns die in diesen Tagen nach Biebrich und Darmstadt abgegangenen sehr energischen Vorstellungen überzeugt. Heute ist nun den Agenturen der rhein-preussischen Dampfschiffgesellschaften hieselbst amtlich mitgetheilt worden, daß sie nur wieder wie früher an Raub vorbeifahren möchten, woraus man schließen darf, daß Nassau sich bereits gefügt hat.

— Die neuliche Nachricht des Nürnberger Correspondenten über den Ausschluß Rupp's aus der Freimaurerloge zu Königberg (Nr. 247) wird anderweitig als sowohl thatsächlich wie in dem angegebenen Motiv unrichtig bezeichnet. Rupp ist aus der Loge, der er seit dem Jahre 1845 angehört, nicht ausgeschlossen, vielmehr hat ein lineswegs erheblicher und ganz äußerlicher Vorfall den Stuhl veranlaßt, von einem ihm zustehenden Rechte Gebrauch zu machen und Rupp bis zur Aufklärung der fraglichen Sache von dem Besuche der Loge zu suspendiren.

Z München, 29. Mai. Der gestrige Volksbote wurde wegen eines Artikels über das „Oberaufsichtsrecht des Staats über die Kirche“ confiscirt. Es ist darin das Cultusministerium wegen seiner jüngsten Antwort auf die Denkschrift der Bischöfe indirect angegriffen.